

BR24
21.10.2020

Eisenreich will Kinderpornografie schärfer ahnden als Lambrecht

Verbrechen statt Vergehen - mit künftig einem Jahr Mindeststrafe: Heute bringt die Bundesjustizministerin ihren Gesetzentwurf gegen Kinderpornografie ins Kabinett ein. Ihrem Amtskollegen in Bayern reicht das nicht. Er fordert mehrjährige Haftstrafen.

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder soll "ohne Wenn und Aber ein Verbrechen sein", so beschreibt Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) das Ziel ihres Gesetzentwurfs. Heute soll das Bundeskabinett ihn auf den Weg bringen. Demnach sollen die Strafen für Kindesmissbrauch sowie für die Verbreitung von Kinderpornografie deutlich härter werden.

Statt als Vergehen werden solche Taten nach dem Willen der SPD-Politikerin künftig als Verbrechen geahndet. Die Mindeststrafe soll statt sechs Monaten dann ein Jahr betragen. Ein Verfahren könnte dann nicht mehr gegen die Zahlung einer Geldbuße eingestellt werden.

Auch für die Verbreitung kinderpornografischer Fotos oder Videos strebt Lambrecht mindestens ein Jahr Haft an. Die Einstufung solcher Taten als "minder schwer" wäre nicht mehr möglich.

Eisenreich fordert längere Haftstrafen als Lambrecht

Dem bayerischen Justizminister Georg Eisenreich geht das aber nicht weit genug: "Wer einen Marktplatz für Pädokriminelle betreibt, gehört für mehrere Jahre hinter Gitter", sagte der CSU-Politiker dem BR. Konkret fordert Eisenreich mindestens drei Jahre Haft.

Außerdem will er "einen eigenen Straftatbestand für die Betreiber von Plattformen und Foren, die Kinderpornografie verbreiten". Nur dann spiegele sich die besondere Strafwürdigkeit solcher Taten im Gesetz wider.

SPD: weniger Diskussion, Strafen spürbar rasch erhöhen

Allein steht der bayerische Justizminister damit nicht. An seiner Seite hat er den CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei, der als Fraktionsvize zuständig ist für Rechtspolitik. Frei hofft, dass die GroKo-Abgeordneten von Union und SPD Lambrechts Entwurf bei den Beratungen im Bundestag entsprechend nachschärfen. Allerdings dämpft Johannes Fechner, in der SPD-Bundestagsfraktion für das Gesetz zuständig, diese Erwartung. Seine Fraktion wolle die Strafen lieber rasch "spürbar erhöhen" als lang über neue Straftatbestände zu diskutieren, sagt Fechner auf BR-Anfrage.

Bleibt die zweite Hoffnung der Unionspolitiker – dass das SPD-geführte Bundesjustizministerium später selbst nachlegt. Das Ministerium habe einen Entwurf "angekündigt, in dem die Strafbarkeit illegaler Handelsplattformen geregelt werden soll", sagt Frei. Das könnte sich laut ihm auch gegen kinderpornografische Foren richten.

Neuer Gesetzesentwurf soll heute beschlossen werden

Tatsächlich prüft das Bundesjustizministerium derzeit, ob "Strafbarkeitslücken bestehen". So verlangt es der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Nach BR-Informationen will das Ministerium demnächst auch einen entsprechenden

Gesetzentwurf präsentieren. Ob darin aber die Betreiber kinderpornografischer Internet-Foren im Sinn der Union angemessen geahndet werden, ist offen. Auslöser der Debatte waren die Missbrauchsfälle in Lügde, Münster und Bergisch-Gladbach. Die Union forderte bereits kurz danach, Kindesmissbrauch als Verbrechen einzustufen. SPD-Bundesjustizministerin Lambrecht zögerte zunächst, lenkte dann aber ein. Anfang Juli stellte sie die Eckpunkte ihres Gesetzentwurfs vor, den heute das Kabinett beschließen soll.